bag-if
Bundesarbeitsgemeinschaft Integrationsfirmen e.V.

Firmen-Kurier

Januar 2011

Informationen aus dem Netzwerk sozialer Unternehmen - Beilage zur „taz“

UN-Konvention fordert Teilhabe:

Betriebe öffnen für Arbeitnehmer mit Handicap

Behinderte Menschen sollen künftig da arbeiten können, wo sie es wünschen: Nämlich in normalen Betrieben des allgemeinen Arbeitsmarktes zusammen mit Kollegen ohne Handicap. Das verlangt die UN-Konvention zu den Rechten behinderter Menschen, der die Bundesrepublik beigetreten ist.

Die Bundesarbeitsgemeinschaft Integrationsfirmen (BAF-IF) sieht sich als Wegbereiter dieser Entwicklung: „Es gibt solide Pläne für Neugründungen sozialer Unternehmen. Wir drängen darauf, dass die Regierung bestehende Finanzierungsblockaden beseitigen hilft, damit mehr geeignete Arbeitsplätze entstehen können,“ erklärte BAG-IF Vorsitzender Dr. Fritz Baur bei einer Veranstaltung in Bonn. Er sieht sich dabei unterstützt vom Aktionsbündnis für berufliche Teilhabe, dass unter Federführung des Sozialverbandes Deutsch-

Dr. Fritz Baur *Foto: C. Haerlin*

land (SoVD) zusammen mit dem Behindertenverband VdK, der BAG-IF und anderen Organisationen gegründet wurde. Dies bestätigte SoVD-Präsident Adolf Bauer, der gleichzeitig heftige Kritik an der restriktiven Sozialpolitik der Bundesregierung übte.
.
Als Netzwerk von rund 600 mittelständischen Unternehmen wirkt die BAG-IF an der Erarbeitung des Nationalen Aktionsplanes zur Umsetzung der UN-Konvention zu den Rechten behinderter Menschen mit. Die CDU-FDP- Regierungs-Koalition hat erklärt, sie orientiere sich an den Zielen dieser Konvention, die das Selbstbestimmungsrecht der Betroffenen entscheidend stärkt. Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales will den Plan Anfang 2011 vorlegen.

Dr. Baur: „Die Integrationsfirmen haben in den letzten 25 Jahren eindrucksvoll bewiesen, dass Mitarbeiter trotz schwerer Handicaps ihren Lebensunterhalt auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt verdienen können, sie werden damit weitgehend unabhängig von Transferleistungen.“ Arbeitsabläufe und die Personalbetreuung werden entsprechend organisiert. „Unsere seit 1985 gesammelten Erfahrungen sollen anderen Mut machen,“ erklärte Dr. Baur und verwies auf die wirtschaftlichen und sozialen Erfolge der Firmen, in denen im Durchschnitt jeder zweite Arbeitsplatz mit behinderten Menschen besetzt ist.

Die Erwartungen an den Aktionsplan der-Bundesregierung sind hoch: Der Bedarf an weiteren Arbeitsplätzen für Menschen mit Handicap ist enorm. Rund 160 000 schwerbehinderte Arbeitslose erhalten Arbeitslosengeld I oder II. Die Zahl der Frühberentungen wegen Gesundheitseinbußen steigt alarmierend an. Über 170 000 Arbeitnehmer gingen wegen Krankheiten und Behinderungen 2009 vorzeitig in Rente, darunter zehntausende junger Leute. Bei einem Drittel sind psychische Leiden die Ursache. Der starke Anstieg dieser Ursache spiegelt nach Expertenmeinung den wachsenden Druck in der Wirtschaft wider.

Aus den Förderschulen wird in den Sonderarbeitsmarkt oder in Fördermaßnahmen verwiesen, weil Angebote auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt fehlen. BAG-IF-Vorsitzender Dr. Fritz Baur, bis zu seiner Pensionierung vor wenigen Monaten stellvertretender Leiter und Kämmerer des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe: „Inklusion in den Arbeitsmarkt ist volkswirtschaftlich und humanitär die beste Lösung, wir hoffen, dass die Politik dieser Erkenntnis folgt.“ Voraussetzung für Gründung weiterer Integrationsfirmen ist, dass mehr Mittel für den Minderleistungsausgleich, den Arbeitgeber bei Beschäftigung behinderter Menschen erhalten können, bereitgestellt werden. Er beträgt bis zu 30 Prozent der Lohnkosten. Derzeit stehen dafür nur 50 Millionen Euro jährlich zur Verfügung. Dr. Baur, der bundesweit als Sozial- und Finanzexperte gilt: „Wir fordern keine Mehraufwendungen, sondern Einsatz eines Teils der Gelder aus Transfer-Bereichen wie der Grundsicherung. Diese würden entlastet, wenn die Menschen sich ihren Lebensunterhalt in unseren Firmen selbst verdienen.“

Kommunen können helfen

Die Möglichkeiten von Kommunen und anderen Behörden, Arbeit für benachteiligte und behinderte Bürger zu schaffen, sind durch Reform des Vergaberechts deutlich verbessert worden. Darauf haben der Deutsche Städtetag und das Bundesarbeitsministerium in Informationsbroschüren hingewiesen.

Das neue Recht lässt es jetzt zu, dass in die Vergabedingungen auch die Erfüllung von sozialen oder ökologischen Zielen mit aufgenommen wird. So kann bei Ausschreibungen beispielsweise vorgegeben werden, dass der Bewerber mehr Arbeitsplätze für behinderte Arbeitssuchende bereitstellt. Dies kann vor allem im Bereich der Dienstleistungen für Kommunen – z.B . Essensversorgung in Schulen und Kitas – die Chancen von Integrationsprojekten verbessern. Die Kommunen profitieren auch finanziell von einer sozialer gestalteten Ausschreibungspolitik, denn ihre Aufwendungen für die Unterkunfts- und Betreuungskosten sinken, wenn Transfer-Empfänger einen Job finden.

Preis für Münchner Chic aus Kleiderspenden

So originell können Second-Hand-Klamotten sein. Die von Designern der Firma „diakonia Textil“ veredelten Kleiderspenden finden reißenden Absatz beim verwöhnten Münchner Publikum. Der Integrationsbetrieb wurde mit dem Innovationspreis der Freudenberg-Stiftung ausgezeichnet (s.S. IV). ***Foto: Sabine Jakobs***

Laumann fordert Zuschüsse von der Bundesagentur:

Arbeitsmarkt mit Herz

Karl-Josef Laumann, Vorsitzender der CDU-Sozialausschüsse und Oppositionsführer im Düsseldorfer Landtag, fordert von der nordrhein-westfälischen Landesregierung eine Fortführung des unter seiner Regie gestarteten Programms zum Ausbau von Integrationsfirmen. „Ohne diese Betriebe haben Behinderte mit besonderen Schwierigkeiten keine Chance auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt,“ betonte Laumann in Bonn bei der Jahrestagung der BAG Integrationsfirmen.

Ein Arbeitsmarkt mit Herz müsse besondere Rücksicht auf die Schwachen nehmen. Das Landesprogramm in NRW, für das unter seiner Leitung als früherer

Karl-Josef Laumann *Foto: C. Haerlin*

Arbeitsminister 20 Mio € vom Land und den Landschaftsverbänden bereitgestellt wurden, sei ein voller Erfolg gewesen. Es entstanden fast 1.000 neue Arbeitsplätze. Laumann will auch dafür kämpfen, dass die Arbeitsverwaltung weiterhin Zuschüsse für die Eingliederung benachteiligter und behinderter Langzeitarbeitsloser zahlt.

Ähnlich positive Erfahrungen mit dem Ausbau der Integrationsfirmen hatte schon zuvor die rheinland-pfälzische Sozialministerin Malu Dreyer durch ein Sonderprogramm gemacht. In beiden Programmen wurden außer Investitionen vor allem Fachkräfte für die Beratung von Firmengründern gefördert.

Editorial:

Mitten im Arbeitsleben

Susanne S. (43) leidet an Depressionen. Nach jahrelangen Misserfolgen bei der Jobsuche fand sie eine Stelle in der Buchhaltung einer Berliner Integrationsfirma. Die Alternative wäre eine Frühberentung und die Tätigkeit in einer Werkstatt für behinderte Menschen gewesen. Frau S. Arbeitet jetzt ganztags zusammen mit nicht gehandicapten Kolleginnen in einem ganz normalen Betrieb des allgemeinen Arbeitsmarktes. Da sie nicht voll leistungsfähig ist, erhält ihr Arbeitgeber vom Integrationsamt einen Minderleistungsausgleich in Höhe von 30 Prozent des Lohnes.

Frau S. Ist eine von rund 10 000 Beschäftigten in den rund 600 gemeinnützigen Integrationsbetrieben, die in den letzten drei Jahrzehnten in der Bundesrepublik entstanden sind. Insgesamt sind dort rund 20.000 Mitarbeiter sozialversicherungspflichtig und tariflich entlohnt beschäftigt. Frau S. fühlt sich im Berliner Büro wohl, weil man Rücksicht auf ihre Stimmungs- und Leistungsschwankungen nimmt und die Arbeit entsprechend dosiert.

Menschen wie Susanne sind das Leitbild der UN-Konvention zu den Rechten behinderter Menschen, das die Bundesregierung derzeit unter starker Beteiligung der Betroffenen durch Erarbeitung eines „Nationalen Aktionsplans“ angeht – wie die Realisierung dann aussieht, steht angesichts der Kürzungen im Sozialsektor allerdings in den Sternen.

Die UN-Konvention fordert anstelle der Exklusion (Aussonderung in entlegene Anstalten) und der hierzulande vorherrschenden Integration (Förderung in Sondereinrichtungen) die Inklusion, also die Einbeziehung der Betroffenen ins normale Leben. Sie fordert, dass alle Lebensbereiche – von der Kita über die Schule bis zur Arbeitswelt – so gestaltet werden, dass sie die Teilhabe von Menschen mit Beeinträchtigungen nicht behindern. Mitleidiges Verwahren war gestern – Hilfe zur aktiven Mitwirkung ist heute das Ziel.

Eine Utopie? Die Integrationsfirmen, die wir in dieser Beilage vorstellen, haben bewiesen: Auch Arbeitnehmer mit starken Einschränkungen können sich zusammen mit nicht behinderten Kolleginnen und Kollegen am allgemeinen Arbeitsmarkt behaupten, wenn die Betriebe sich auf ihre Bedürfnisse einstellen.

Das Vorbild dieser sozialen Unternehmen könnte andere Gesellschaftsbereiche ermutigen, sich der Inklusionsidee mehr zu öffnen. Von einer Welt ohne bauliche, mentale und geistige Barrieren und Vorurteile könnten im Übrigen gerade in einer alternden Gesellschaft nahezu alle Bürger profitieren.

Arnd Schwendy

Integrationsfirmen behaupten sich am freien Markt

Der Krise kreativ getrotzt

Interview mit Anton Senner , Geschäftsführer der BAG Integrationsfirmen e.V.

Die Wirtschaftskrise hat viele kleine und mittelständische Unternehmen in die Insolvenz getrieben. Mussten auch Integrationsbetriebe aufgeben?
Zum Glück kann man die Projekte, die Opfer der Krise wurden, an einer Hand abzählen. Bis auf wenige Ausnahmen haben alle der rund 600 Firmen mit ihren insgesamt 20.000 Beschäftigten die Flaute gut überstanden.

Was sind die Gründe für diesen Erfolg?
Die Betriebe segeln seit ihrer Gründung hart am Wind, sie sind es gewohnt, auf Veränderungen am Markt schnell zu reagieren. Vor allem basieren sie meist auf mehreren Geschäftsfeldern und konnten daher Rückgänge in einer Branche – hier vor allem im Sektor Industrieservice – abfedern durch Ausbau eines anderen Geschäftsfeldes wie z.B. dem der Dienstleistungen.

Gab es besondere staatliche Krisenhilfen?
Nein. Allerdings haben Integrationsämter temporäre Schwierigkeiten sehr unbürokratisch ausgeglichen und beispielsweise Termine der Zahlungen von Nachteilsausgleichen vorgezogen, um Liquiditätsengpässe auszugleichen. Da hat sich ausgezahlt, dass viele Firmen ein professionelles Finanzcontrolling betreiben und sich häufig mit Hilfe der Integrationsämter einem externen Monitoring als Frühwarnsystem unterwerfen. Sie können dadurch zeitig auf Fehlentwicklungen reagieren.

Ein Blick nach vorn: Traut sich jetzt noch jemand, neue Projekte zu starten?
Aber sicher, es gibt einen anhaltenden Gründungsboom. Die Aktion Mensch etwa als ein wesentlicher Unterstützer fördert pro Quartal durchschnittlich in 25 Fällen die Planung, Gründungen oder Erweiterung von neuen Integrationsbetrieben.

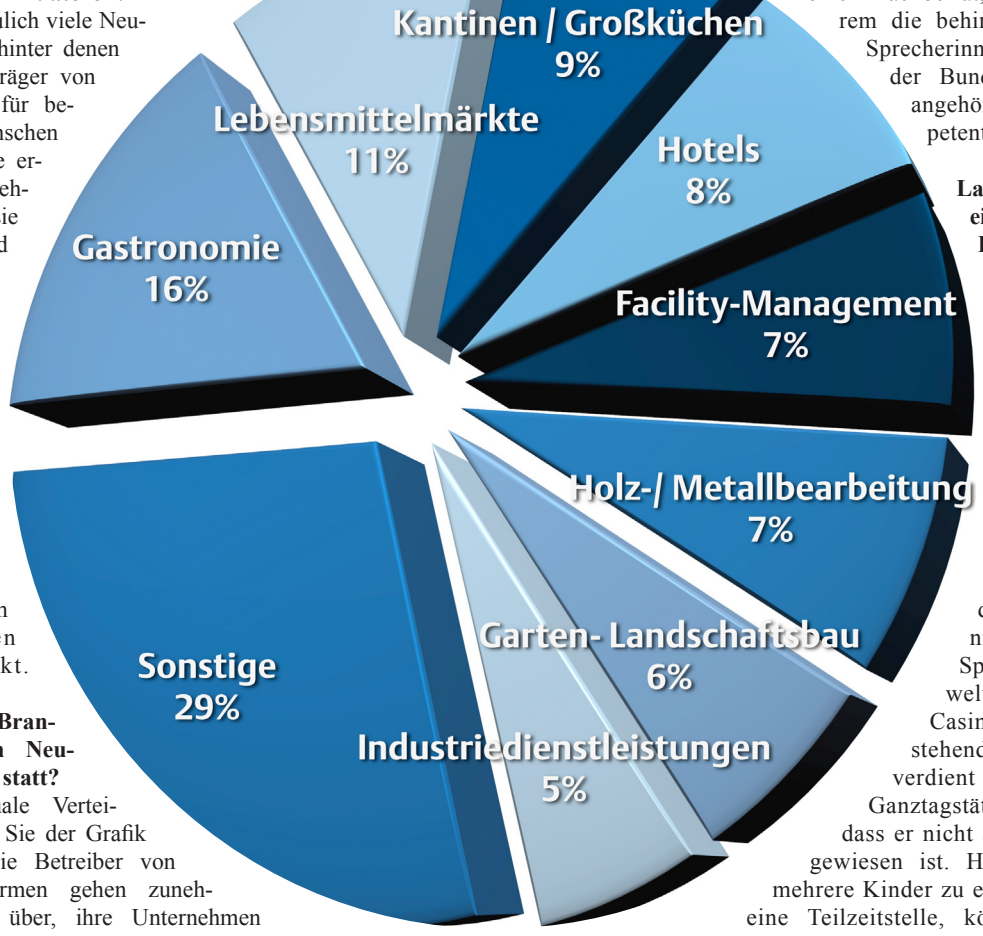
Wer sind die Initiatoren?
Es gibt erfreulich viele Neugründungen hinter denen häufig die Träger von Werkstätten für behinderte Menschen stehen. Diese erkennen zunehmend, dass sie entsprechend leistungsfähigen Mitarbeitern auf diesem Weg aus der beschützten Arbeit hinführen können zu einer Beschäftigung auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt.

In welchen Branchen finden Neugründungen statt?
Die prozentuale Verteilung können Sie der Grafik entnehmen.Die Betreiber von Intergationsfirmen gehen zunehmend dazu über, ihre Unternehmen in Geschäftsfeldern zu entwickeln, die ortsgebunden sind und im Globalisierungs-Wettbewerb nicht verlagert werden können. Stand vor 10 Jahren noch der Bereich der Industrie-Dienstleistungen im Vordergrund, so geht der Trend heute zu Nahrungsversorgung (Supermärkte, Kantinen, Restaurants) und Gebäude-/Flächenbewirtschaftung (Facility-Management, Garten- und Landschaftsbau).

Welche Rolle spielen Vorhaben, von denen die soziale Infrastruktur in einem Wohngebiet profitiert?
Das sind einmal die Supermärkte in den Zentren kleinerer Städte und Gemeinden, die wichtig sind für das Gemeinwesen. Darüber hinaus schaffen Integrationsbetriebe mit Cafés, Kiosken und Restaurants Treffpunkte und kulturelle Angebote, die sich gezielt an die Bewohner in einem Viertel, in einem Dorf wenden. Es wächst auch die Zahl von Projekten, in denen behinderte Menschen Alte und Kranke bei Alltagsangelegenheiten praktisch unterstützen, ergänzend zur Pflege durch Fachkräfte.

Anton Senner *Foto: Torsten Baumann*

Welche Handicaps haben die Beschäftigten?
In den Gründerjahren wurden im Zusammenhang mit der Psychiatrie-Reform vor allem kleine damals „Selbsthilfefirmen“ genannte Betriebe für ehemalige Psychiatrie-Patienten geschaffen. Diese hatten auch in den 80iger Jahren des letzten Jahrhunderts große Schwierigkeiten, einen Job zu finden. Inzwischen sind alle Behinderungs-Gruppen vertreten. Je nach Behinderung stehen körperliche, geistige und vor allem psychische Einschränkungen der vollen Leistungsfähigkeit im Wege. Das Spektrum der Tätigkeitsfelder reicht von einfachen Montagearbeiten über Kassenführung bis hin zu Rechtsberatung und IT-Service.



Bereitet das Miteinander verschiedener Behinderten-Gruppen Probleme?
Überraschenderweise überhaupt nicht. Früher ging man davon aus, die Menschen mit starken psychischen Problemen fühlten sich am wohlsten, wenn sie unter sich sind. Inzwischen haben wir gelernt: Eine bunte Mischung ist für alle Beteiligten ein Gewinn. Die Menschen, die in unseren Betrieben arbeiten, sind es gewohnt, Rücksicht aufeinander zu nehmen. Hier herrscht keine Ellbogenmentalität, das Management muss Fingerspitzengefühl haben und mögliche Konflikte in der Belegschaft früh erkennen und behutsam ausgleichen.

Sie vertreten die Firmen auch gegenüber Politik und Verwaltung: Was sind aktuell Ihre wichtigsten Forderungen?
Zunächst mal müssen wir ständig dafür kämpfen, das Erreichte zu sichern, zum Beispiel die überlebensnotwendigen Steuerermäßigungen, die sich aus dem Non-Profit-Status der Firmen ergeben. Oder die Höhe des Minderleistungsausgleichs, den Arbeitgeber erhalten, wenn sie schwerbehinderte Menschen beschäftigen. Sie haben dadurch ja erhebliche Wettbewerbsnachteile gegenüber einem Konkurrenten, der nur voll Leistungsfähige einstellt. Das Geld kommt aus der Ausgleichsabgabe, die diejenigen Betriebe zahlen müssen, die nicht mindestens fünf Prozent ihrer Arbeitsplätze mit schwer behinderten Menschen besetzen können oder wollen. Die Ausgleichsabgabe reicht aber auf die Dauer nicht zur Finanzierung des erforderlichen Zuwachses. Hier muss die Politik eine Lösung finden. Wir sind da zuversichtlich, denn unser Konzept stößt bei allen Parteien und Akteuren auf hohe Akzeptanz. Wir wollen keine Almosen für behinderte Menschen, sondern Arbeit für sie, damit sie eigenständig für ihren Lebensunterhalt sorgen können. Wir werden von einem Fachbeirat, dem unter anderem die behindertenpolitischen Sprecherinnen und Sprecher der Bundestagsfraktionen angehören, sehr kompetent unterstützt.

Lassen die Löhne ein eigenständiges Leben überhaupt zu?
Unsere Mitgliedsfirmen zahlen tarifgebundene oder ortsübliche Löhne, keine Dumpinglöhne. Natürlich sind die im unteren Segment angesiedelt, wir sind ja nicht Banker oder Spekulanten im weltweiten Finanz-Casino. Ein alleinstehender Mitarbeiter verdient in der Regel bei Ganztagstätigkeit so viel, dass er nicht auf Hartz IV angewiesen ist. Hat er zusätzlich mehrere Kinder zu ernähren oder nur eine Teilzeitstelle, können selbstverständlich aufstockende Sozialleistungen erforderlich sein. Entscheidend ist für die Mitarbeiter, das zeigt die hohe Nachfrage nach Jobs, im übrigen nicht die Einkommenshöhe, sondern der Aspekt der Teilhabe, des Zusammenarbeitens, des Erfolges, sich im Alltag eines Betriebes zu bewähren. Damit verbessert sich auch sein sozialer Status und das ist letztendlich das Wichtigste.

Bundeskanzlerin Angela Merkel zeigte sich bei einem Besuch des Industrieservice-Betriebes „di.hako-tec GmbH“ in Trappenkamp (Schleswig-Holstein) beeindruckt von der Leistungsfähigkeit derartiger Integrationsfirmen. Sie seien ein ihr wichtiger Sektor der mittelständischen Unternehmen. *Foto: Seemann-Fotografie*

Interview mit Friedhelm Peiffer, Bereichsleiter Förderung der Aktion Mensch

Förderung wird verstärkt

Warum fördert die Aktion Mensch Integrationsprojekte?
Die gleichberechtigte Teilhabe von Menschen mit und ohne Behinderung in allen gesellschaftlichen Bereichen gehört zu den großen Zielen der Aktion Mensch. Soziale, gesellschaftliche Teilhabe funktioniert aber am besten durch eine dauerhafte Beschäftigung am ersten Arbeitsmarkt. Das gilt auch für Menschen mit Behinderung. Daher hat die Aktion Mensch die Förderung von Projekten, die Menschen mit Behinderung nachhaltig in Arbeit bringt, in Ihrem Förderportfolio ganz nach vorne gestellt.

Was wird gefördert?
Die Aktion Mensch unterscheidet in Integrationsunternehmen und Beschäftigungsprojekte, die gefördert werden.

Bei Integrationsunternehmen handelt es sich um soziale Wirtschaftsbetriebe, die neben Menschen ohne Behinderung in besonderer Weise Menschen mit einer Schwerbehinderung in sozialversicherungspflichtige Arbeit bringen. Meist werden diese Angebote durch entsprechende Anleitung, Betreuung sowie Möglichkeiten der Weiterbildung ergänzt. Die Integrationsunternehmen operieren überaus erfolgreich. Dabei bieten vor allem Restaurants, Hotels, Lebensmittelmärkte, Kantinen und Großküchen sowie der Garten- und Landschaftsbau besonders attraktive Arbeitsplätze für Menschen mit Behinderung an.

Neben Integrationsunternehmen fördert die Aktion Mensch auch Beschäftigungsprojekte. Sie bieten Zuverdienstmöglichkeiten für Menschen, die aufgrund ihrer Behinderung nicht oder nicht mehr in sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätzen beschäftigt werden können, zum Beispiel Menschen mit psychischer Behinderung. Solche Beschäftigungsprojekte erhalten in der Regel keine öffentlichen Gelder, sind aber ein überaus erfolgreiches arbeitsmarktpolitisches Instrument. Die Aktion Mensch fördert sie deshalb in gleichem Maße wie Integrationsprojekte.

Wieviel waren das in den letzten Jahren?
Die Aktion Mensch fördert Integrationsunternehmen sowie Beschäftigungsprojekte seit dem Jahr 2000. Seither wurden bundesweit 327 Projekte mit einem Volumen von etwa 62,5 Millionen Euro bezuschusst. Allein in 2010 hat die Aktion Mensch 69 Integrationsunternehmen und Beschäftigungsprojekte mit rund 16,1 Millionen Euro gefördert.

Was sind Ihre Erfahrungen?
Die Integrations- und Beschäftigungsprojekte machen sichtbar, dass und wie Inklusion gelingen kann: Hier finden Menschen mit Behinderung nicht nur einen Arbeitplatz, sondern auch einen Platz in der Gesellschaft. Das bestärkt, bestätigt, stiftet Sinn und Lebensinhalte. Vor allem dann, wenn sie qualitativ hochwertige Arbeit leisten können, die tariflich entlohnt wird.

Die Integrationsunternehmen wiederum genießen in der Fachwelt und in arbeitsmarktpolitischen Kontexten eine hohe Reputation; die große Mehrheit der Betriebe kann sich dauerhaft am ersten Arbeitsmarkt etablieren. Sich als Sozialunternehmen für eine gute Sache zu engagieren und dabei hochwertige Produkte und Dienstleistungen zu bieten schafft zusätzlichen Mehrwert.

Wird die Förderung fortgesetzt?
Ja. Mehr noch: die Förderung wird sogar ausgebaut. Die Aktion Mensch will künftig verstärkt Projekte unterstützen, die sich für eine inklusive Gesellschaft einsetzen, Projekte und Initiativen, die das Recht eines jeden Menschen an gesellschaftlicher Teilhabe umsetzen. Noch immer sind Menschen mit schweren Behinderungen und besonderen Beeinträchtigungen überdurchschnittlich von Arbeitslosigkeit betroffen. Eine gezielte Unterstützung von Integrationsunternehmen und Beschäftigungsprojekten trägt mit dazu bei, dies zu ändern. Mit den Instrumenten unserer Förderung schaffen wir mehr Akzeptanz für die gleichberechtigte Beschäftigung von Menschen mit und ohne Behinderung – auch im öffentlichen Bewusstsein. Daher setzt die Aktion Mensch ihre Förderaktivitäten auf diesem Gebiet verstärkt fort.

Link: www.Aktion-Mensch.de

Friedhelm Peiffer *Foto: Aktion Mensch*

Das Erfolgsrezept der sozialen Firmen

Experten für ein gutes Betriebsklima

Horst S. (42) steht laut schimpfend an seiner Drehmaschine. „Lasst ihn zufrieden, der redet mal wieder mit seinen Stimmen," beschwichtigt der Meister die Kollegen. Horst S. leidet an Schizophrenie. In jedem anderen Betrieb würde man ihn wegen der Halluzinationen krank schreiben – hier im Integrationsbetrieb einer Stadt in Baden-Württemberg weiß man: Es ist besser, jemanden in so einer Situation nicht zu isolieren, denn die Arbeit verschafft den notwendigen Realitätsbezug. Allenfalls reduziert man in so einer kritischen Phase das Arbeitspensum und rät notfalls zum Arztbesuch..

Ein solches Verhalten kommt nicht alle Tage vor. Das Beispiel zeigt aber, dass jemand mit solchen Störungen toleriert werden kann, wenn der zwischenmenschliche Rahmen stimmt.Rücksicht auf Leistungsschwankungen und Akzeptanz ungewöhnlichen Verhaltens sind Eckpfeiler der Kultur in Integrationsbetrieben. Die Führungskräfte hier sind Experten in Sachen Betriebsklima. Sie bemühen sich um eine Atmosphäre, in der die Mitarbeiter ihre durchaus vorhandenen Fähigkeiten angstfrei entfalten können. Dabei orientieren sie sich an den „Sozialethischen Leitlinien", der BAG Integrationsfirmen, die Respekt, Transparenz, Solidarität, Partizipation und klare gerechte Regelungen fordern.

Andreas Trzcinski *Foto: wabe*

„Anders ist es nicht möglich, ein konstruktives Miteinander von behinderten und nicht behinderten Mitarbeitern zu erreichen erhalten," sagt Andreas Trzcinski, Geschäftsführer der Firma wabe Elektronik und Montageservice Erlangen GmbH, die für ihre vorbildliche Personalförderung mit dem Rudolf-Freudenberg-Preis ausgezeichnet wurde. Drei Viertel der 70köpfigen Belegschaft dieses Betriebes sind Menschen mit psychiatrischen Problemen. Das Unternehmen hat ein ausgefeiltes Personalentwicklungskonzept und verwendet viel Mühe und Zeit auf die Pflege eines gedeihlichen Miteinanders und die Vermeidung und Bewältigung von Konflikten. Andreas Trzcinski: „Unser wirtschaftlicher Erfolg zeigt, dass sich dieser Aufwand auszahlt."

Bei den gemeinnützigen Betrieben ist zwar nicht die Profitmaximierung das Unternehmensziel, sondern die Schaffung behindertengerechter Arbeitsplätze, sie müssen aber dennoch wirtschaftliche positive Erfolge erzielen, um die Zukunft zu sichern. Das bedeutete laut Leitlinien, dass das Management ständig eine Balance zwischen ökonomischen und sozialen Zielen finden muss. „Das ist unter dem Druck des Marktes, der Pünktlichkeit, Preiswürdigkeit und Präzision bei der Auftragserfüllung fordert, nicht leicht, aber es ist zu schaffen, sagt Andreas Trzcinski.

Der CDU-Sozialpolitiker Karl-Josef Laumann: „Nur diese Unternehmensphilosophie rechtfertigt die öffentlichen Zuwendungen für solche Arbeitgeber!"

Dr. Jochen Kramer, der sich an der Universität Tübingen als Psychologe wissenschaftlich mit Fragen der Fairness in der Arbeitswelt beschäftigt, bestätigt: „Mit ihren sozialethischen Leitlinien liegen die Integrationsfirmen richtig."

Ein gutes Miteinander ist Voraussetzung für den Erfolg. Vorbildlich klappt das in der Firma „AuB GmbH" im westfälischen Marksberg. *Foto: Integrationsamt Westfalen-Lippe*

Einrichtungen schaffen Arbeit für ihre Klienten

Soziales Outsourcing

Um Sparmaßnahmen zu kompensieren, lagern immer mehr Träger sozialer Einrichtungen Betriebsteile, die nicht zum „Kerngeschäft" zählen an private Firmen aus. Es gibt jedoch eine soziale Alternative zu dieser Geschäftspolitik, nämlich die Verlagerung von Serviceangeboten in eine eigene Integrationsfirma. Hier zwei Beispiele, die mit dem Freudenberg-Preis ausgezeichnet wurden:

Der Caritasverband für die Stadt Gelsenkirchen, einer Kommune, die von Arbeitslosigkeit besonders getroffen ist, gründete 2005 den Haus- und Gartenservice „TAF – Team für alle Fälle gGmbH", 2009 folgte in Kooperation mit der Handelsgruppe REWE ein Nachbarschaftsladen „carekauf" zur Stützung der Infrastruktur und Nahversorgung in vor allem sozialschwachen Stadtteilen. Das Prinzip: Caritas-Einrichtungen fungieren als Auftraggeber, von der Caritas betreute benachteiligte und behinderte Arbeitslose erhalten sozialversicherungspflichtige Jobs auf den allgemeinen Arbeitsmarkt. Beide Firmen gewinnen auch auf dem offenen Markt Ansehen und neue Kunden. Geschäftsführer Christian Stockmann: „Die Rechnung geht für alle Beteiligten positiv auf. Ich freue mich, dass unser Vorgehen auch andere Träger motiviert, selbst Arbeitsplätze zu schaffen. Wir beraten sie gern."

Die Bad Kreuznacher Diakonie-Stiftung – größer Träger sozialer Einrichtungen in Rheinland-Pfalz – begann 2002 interne Dienstleistungen an eine Integrationsfirma in eigener Regie zu verlagern. Berthold Sommer, einer der Geschäftsführer und Initiatoren: „Damit bleibt die Wertschöpfung in unserem sozialen Unternehmen, die Stiftung kann ihre Ressourcen gezielt für die berufliche Integration der von ihr geförderten behinderten Menschen einsetzen. Das hat viele Vorteile gegenüber der Auslagerung an andere Unternehmen.

Inzwischen beschäftigen die Bad Kreuznacher Integrationsbetriebe in einer Fülle von Projekten über 100 schwer behinderte Arbeitnehmer. Die Angebotspalette ist breit: Garten- und Gebäudeservice, Autopflege, Gebrauchtwarenhandlung, Restaurant, Nachbarschaftsläden. Sommer: „Wir werben dafür, dass auch andere große Träger im Sozial- und Gesundheitsbereich eine solche Geschäftspolitik betreiben. Wer, wenn nicht wir, soll Arbeitsplätze für behinderte Menschen bereitstellen?"

Interview mit Peter Stadler, Geschäftsführer der FAF GmbH

Beratung und Starthilfen schützen von Fehlplanungen

Die Unternehmensberatung FAF ist auf Integrationsfirmen spezialisiert: Was sind die Motive der Gründer solcher Betriebe?
Die gemeinnützige Fachberatung für Arbeits- und Firmenprojekte wendet sich vor allem an Unternehmer, die ein soziales Ziel, nämlich die berufliche Teilhabe behinderter Menschen auf dem normalen Arbeitsmarkt, mit wirtschaftlichen Mitteln erreichen wollen. Im Herzen sind diese Menschen ethisch motiviert, im Kopf rechnen sie wie gute Kaufleute. Wir können ihnen helfen, die Balance zwischen Sozialem und Wirtschaftlichem zu finden. Die Aufgabe ist herausfordernd: Integrationsunternehmen sind normale Betriebe, die am normalen Markt tätig sind und zwischen 25 und 50% Menschen mit Schwerbehinderung auf Basis von Arbeitsverträgen beschäftigen.

Peter Stadler *Foto: Julia Thiel*

Wie gehen Sie dabei vor?
In unseren Niederlassungen in Berlin, Köln, Chemnitz und Darmstadt sowie vor Ort beim Kunden an vielen Orten Deutschlands beraten wir die Gründer solcher Integrationsfirmen, um deren wirtschaftliche Tragfähigkeit zu optimieren und Nachhaltigkeit der Arbeitsplätze zu erhöhen.

Was passiert, wenn ein Konzept nicht stimmig ist?
Dann helfen wir mit unserer 25-jährigen Erfahrung, das Konzept zu verbessern. Manchmal raten wir auch, eine Idee nicht weiterzuverfolgen oder völlig neu zu durchdenken. Die Beratung mündet im Idealfall in einen Businessplan, mit dem der Gründer sich um Kapital und Hilfen bei Integrationsämtern, Stiftungen und Banken bemühen kann.

Begleiten Sie die Firmen nach dem Start weiter?
Wenn das gewünscht ist gerne. Manchmal bringen die Gesellschafter der Integrationsfirmen Erfahrungen mit, manchmal ist eine Konsolidierungsberatung erwünscht.

Normalerweise scheitern sehr viele Neugründer in den ersten Jahren. Was sind Ihre Erfahrungen?
Stimmt, das vermeiden wir in der Regel durch den vorgelagerten Beratungsprozess, auf den übrigens auch die fördernden Integrationsämter, Banken und Stiftungen drängen, um Fehlinvestitionen zu vermeiden.

Die Gründer von Integrationsprojekten werden zuweilen als Sozialromantiker belächelt, die im harten Wettbewerb nicht mithalten könnten. Was sind ihre Erfahrungen?
Das mag in den Gründerjahren vor über 20 Jahren der Fall gewesen sein; aus den Negativerfahrungen wurden aber schnell Konsequenzen gezogen. In manchen Ländern gibt es ergänzend ein begleitendes Controlling, das dem Management hilft, Schieflagen – z.B. in der Entwicklung von Liquidität, Kosten, Aufträgen, neuen Produkten – frühzeitig zu erkennen. Vielerorts sind hochprofessionelle Geschäftsführer tätig, welche wirtschaftliche und soziale Aspekte gut miteinander verknüpfen. Ich bin optimistisch, dass die Chancen auf Arbeitsplätze in sozialen Unternehmen wachsen - derzeit stehen viele Gründer in den Startlöchern.

Aus welchen Bereichen kommen die?
Zum Beispiel haben die Werkstätten für behinderte Menschen ein großes Interesse, ferner die Träger großer Einrichtungen im Sozial- und Gesundheitswesen. Bei diesen geht es darum, Dienstleistungen, die nicht zum Kerngeschäft zählen, mittels Gründung einer Integrationsfirma in eigener Regie zu betreiben.

Kontakt: http://www.faf-gmbh.de
Email: Berlin@faf-gmbh.de
Telefon: 030-2511066

Ausgleichsabgabe zu knapp

Ämter als Partner

Alle Betriebe ab 20 Mitarbeitern müssen in Deutschland fünf Prozent ihrer Stellen mit schwerbehinderten Arbeitnehmern besetzen. 100.000 von 124.000 Firmen erfüllen diese Quote nicht voll, 38.000 überhaupt nicht. Erfüllen sie diese Vorgaben nicht, müssen sie je nicht besetzten Pflichtplatz monatlich zwischen 105,00 bis 260,00 Euro Ausgleichsabgabe entrichten. Jährlich fließen so über 500 Mio Euro in einen Ausgleichsfonds zur Förderung der beruflichen Eingliederung behinderter Menschen.

Sozialgesetzbuch IX schreibt vor, dass die Mittel vorrangig zur Schaffung von behindertengerechten Arbeitsplätzen auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt verwandt werden müssen. Das organisieren die auf Länder oder Kommunalebene angesiedelten Integrationsämter, denn der Bund behält nur noch zehn Prozent der Einnahmen für Modellmaßnahmen.

Die Integrationsämter (früher Hauptfürsorgestellen) haben sich zu engagierten und kompetenten Partnern der Wirtschaft und Anwälten der Betroffenen entwickelt. Für Erhalt und Schaffung neuer Arbeitsplätze gibt ihnen das Gesetz einen breiten Spielraum. Dr. Helga Seel, neue Vorsitzende der Bundesarbeitsgemeinschaft der Integrationsämter und Leiterin des Integrationsamtes im Rheinland: „Unsere Aufgaben wachsen allerdings stärker als die Einnahmen." Das kann in manchen Regionen zu Schwierigkeiten bei der Finanzierung weiterer Integrationsfirmen führen. Vorrang vor Ausbau der Angebote, habe in Zeiten knappen Geldes auf jeden Fall der Erhalt der Strukturen. An der Leistungsfähigkeit der Integrationsfirmen und ihrer Notwendigkeit haben die Integrationsämter keinen Zweifel.

Für die Integrationsbetriebe wenden die Ämter jährlich rund 50 Mio Euro auf. Ein Nadelöhr bietet dabei der Minderleistungsausgleich. Deshalb suchen Fachwelt und Politik neue Finanzierungsquellen. Eine wurde bereits durch das Programm JobPerspektive im SGB II (§ 16 e) geschaffen: es lässt die dauerhafte Förderung leistungsgeminderter Langzeitarbeitsloser zu. Es wird aber von der Arbeitsverwaltung nur zögerlich eingesetzt, obschon es insgesamt keine Mehrkosten verursacht, wenn der Zuschuss nicht höher ausfällt als die passive Transferleistung.

Gespräch mit Dr. Richard Auernheimer

Freie Wahl

Sie haben in Ihrer Zeit als Staatssekretär im rheinland-pfälzischen Sozialministerium dafür gesorgt, dass die Betroffenen als Alternative zu einer Tätigkeit in einer Werkstatt für behinderte Menschen (WfbM) durch ein Persönliches Budget auch dann gefördert werden, wenn sie in einem ganz gewöhnlichen Betrieb des allgemeinen Arbeitsmarktes arbeiten. Als Vorsitzender des Beirates der BAG-IF werben Sie unermüdlich für die breite Anwendung des Persönlichen Budgets,. Wie funktioniert es?

Die Idee des Budgets ist ganz einfach. Der Betroffene soll mit den Geldbeträgen, die der Kostenträger für ihn sonst aufwendet, seine Arbeitsleistung im normalen Arbeitsmarkt wettbewerbsfähig machen. Er gleicht dem Arbeitgeber mit seinem persönlichen Budget aus, was er weniger an Arbeitsleistung einbringen kann. Der Betroffenen kann so frei entscheiden,, wo er arbeiten will: ob in einer Firma oder einer Einrichtung. Die Eingliederungshilfe nach dem Sozialgesetzbuch XII ist dann wirklich personenzentriert. Der behinderte Arbeitnehmer erhält freien Zugang zum Arbeitsmarkt, ein normales Beschäftigungsverhältnis, einen regulären Arbeitsvertrag. Kurz: Er kann selbstbestimmt leben wie jeder andere.. Wenn es eine Idee zur Umsetzung der UN-Konvention gibt: hier ist sie wirklich greifbar nah und auch tatsächlich erreichbar.

Dr. Richard Auernheimer
Foto: Wolfgang Tröger

Welche Hindernisse gibt es?

Die Schwierigkeiten sind fast so vielfältig. Die Sozialverwaltungen haben Probleme mit dem ungewohnten Ansatz. Die WfbM fürchten, dass die neue Strategie ihnen die leistungsfähigsten Mitarbeiter wegnimmt. Die Betroffenen selbst haben Sorge, dass sie auf dem freien Arbeitsmarkt allein gelassen werden. Die Angehörigen haben die Angst, dass die Altersversorgung, die für die WfbM-Beschäftigten besonders geregelt ist, ungünstiger ausfällt, wenn sie diesen priviligierten Bereich verlassen. Deshalb muss klar sein, dass die Menschen ein Rückkehrrecht in die WfbM haben, wenn es draußen erhebliche Probleme gibt.

Macht das Vorbild Rheinland-Pfalz Schule?

Das Modell Rheinland-Pfalz zeigt Wirkungen. So hat Niedersachsen des Budget für Arbeit übernommen. Von Baden-Württemberg gibt es Berichte. Insgesamt sind es noch kleine Zahlen. Ein Erfolg ist es dennoch. Das Hilfesystem ändert sich wie nie zuvor. Das Persönlich Budget zur beruflichen Teilhabe wird sich durchsetzen. Es gibt nämlich nichts Besseres, wenn wir Inklusion im Arbeitsleben garantieren wollen. Und die UN-Konvention zu den Rechten behinderter Menschen zwingt uns förmlich dazu.

Preisverleihung im Bundesarbeiterministerium in Berlin. Von links: Dr. Dorothee Freudenberg, Hubert Hüppe, Martina Kreis und Julia Hink aus München sowie Andrea Fetsch und Peter Baumotte aus Schwerin. Außer der Urkunde gab es für jedes siegreiche Projekt 3000 Euro von der Freudenberg-Stiftung. *Foto: A. Senner*

Freudenberg-Preis für Zuverdienst-Projekte

Oft reichen schon ein paar Stunden

„Ich werde gebraucht und habe eine Beschäftigung, die mich auf andere Gedanken bringt“, sagt Herr Marquart, der einige Stunden in der Woche bei der Anker-Sozialarbeit GmbH in Schwerin bei Umzugsarbeiten hilft. Das Anker-Projekt und die Firma diakonia Dienstleistungsbetriebe GmbH, München, wurden für ihr innovatives Engagement im Bereich von Zuverdienst-Jobs mit dem Rudolf-Freudenberg-Preis 2010 ausgezeichnet.

Bei der Preisverleihung im Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung erinnerte die Psychiaterin Dr. Dorothee Freudenberg an das langjährige Bemühen der Freudenberg-Stiftung, nicht nur Vollzeitjobs zu schaffen, sondern auch denjenigen eine Chance zu geben, die wegen ihrer Einschränkungen nur wenige Stunden in der Woche arbeiten können, nämlich dann, wenn sie sich in der Lage dazu fühlen. Sie zeigte sich erfreut, dass eine von der Stiftung finanzierte Bestandsaufnahme die Kostenträger animiert hat, diese Form der Beschäftigung stärker zu fördern.

Sie begrüßte, dass vor allem Integrationsfirmen hier aktiv sind. Die Stiftung des in Weinheim ansässigen weltweiten Familienunternehmens fördert die Integrationsfirmen seit 1985. Der Preis für Innovationen erinnert an den im Dritten Reich nach England emigrierten Psychiater Rudolf Freudenberg, einem Pionier der beruflichen Förderung psychisch Kranker. Ein weiterer Fonds innerhalb der Stiftung erinnert an die Psychiaterin Dr. Eva Freudenberg, die in Hannover zum Ausbau der sozialpsychiatrischen Versorgung beitrug.

MdB Hubert Hüppe, Beauftragter der Bundesregierung für die Belange behinderter Menschen, würdigte in seiner Laudatio Einfallsreichtum und Mut der Preisträger. Die diakonia in München erschließe mit ihren originellen, aus Kleiderspenden gefertigten Designer-Kreationen neue Märkte und Teilhabemöglichkeiten. Die Anker-Angebote des Schweriner Unternehmens seien durch ihren Bezug zu Menschen, die Hilfen im häuslichen Bereich benötigen, ebenfalls zukunftsorientiert.

Beide Firmen zeigten durch ihre enge Verbindung zum allgemeinen Arbeitsmarkt vorbildlich, was Inklusion im Sinne der UN-Konvention bedeutet. Sie bewiesen, dass auch Menschen, die wegen Erwerbsminderung berentet und gar nicht mehr zur Arbeit verpflichtet sind, den dringenden Wunsch und die Fähigkeit haben, sich produktiv in Arbeitsprozesse einzubringen. Hüppe dankte der Stiftung Freudenberg, sie gebe ein Beispiel für soziales unternehmerisches Engagement, ohne dass die erstrebte Inklusion behinderter Menschen nicht realisierbar sei. Die Umsetzung der UN-Konvention sei eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die Freudenberg-Stiftung gebe da ein gutes Beispiel.

Prof. Dr. Erwin Seyfried, Hochschule für Wirtschaft und Recht, Berlin, wies auf die große Bedeutung niedrigschwelliger, flexibler und an den Wünschen der Betroffener orientierte Arbeitsangebote hin. Schon wenige Stunden Arbeit in der Woche reichten, um ihre soziale und gesundheitliche Situation zu stabilisieren.

Links:
www.diakonia.de
www.anker-sozialarbeit.de

Literatur:
Christian Gredig, Arnd Schwendy, Zuverdienst als Chance zur Teilhabe psychisch Kranker und behinderter Menschen, Weinheim 2009;

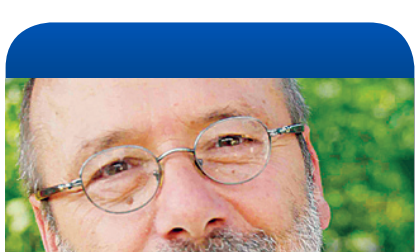
Hilfe bei Umzügen und andere Dienste für Haushalte sind eine Spezialität der Anker-Sozialarbeit in Schwerin. *Foto: Anker*

Interview mit Mainzer Reha-Experten Joachim Storck

Maßgeschneiderte Hilfen

Herr Storck, die von Ihnen geleitete Gesellschaft für psychosoziale Einrichtungen (gpe gGmbH) in Mainz hat in den letzten Jahren eine Fülle von Förder- und Beschäftigungsangeboten für Menschen mit psychischen Beeinträchtigungen geschaffen: von der Erprobung über das Training bis hin zur dauerhaften Anstellung in kleinen Betrieben. Was sind die Grundideen dieser Geschäftspolitik?

Wir leisten einen Beitrag zur gemeindenahen Grundversorgung ehemaliger Psychiatriepatienten und psychisch beeinträchtigten Menschen im Raum Mainz. Diese brauchen vorübergehend oder dauernd Hilfen zur Bewältigung des Alltags. Dem allgemeinen Arbeitsmarkt sind viele von ihnen zu nächst oder dauerhaft nicht gewachsen. Die herkömmlichen Angebote der Rehabilitation haben sich vielfach als zu anspruchsvoll sowie zu ortsfern erwiesen. Diese Not hat uns erfinderisch gemacht, wir haben passgenaue Rehabilitation vor Ort und Arbeit selbst geschaffen.



Achim Storck *Foto: gpe mainz*

Welche Arbeitsmöglichkeiten können Sie anbieten?

Da folgen wir auch unserer Devise: Es muss zum Menschen passen! Also eine breite Palette vom noch recht geschützten Rahmen in unserer Reha-Werkstatt bis zu ganz normalen Arbeitsplätzen in unseren Integrationsfirmen. Die Tätigkeiten selbst sind breit gestreut: Handwerk, Gastronomie, Hotel, Lebensmitteleinzelhandel, Naturkostmarkt… Die Möglichkeiten sind auch deshalb groß, weil wir Menschen auch in „normalen“ Betrieben unterbringen und begleiten können.

Wie werden die Mitarbeiter ausgewählt und vorbereitet?

Das Ideale ist eine berufliche Fördermassnahme in einem unserer Betriebe, durch die der Betroffene schrittweise auf die Arbeitsanforderungen vorbereitet wird. Die Rentenversicherung und die Bundesagentur für Arbeit finanzieren solche betrieblichen Massnahmen zunehmend, da sie realitätsnah und passgenau sind. Zudem können wir unser „Zentrum für Arbeitsdiagnostik, Rehabilitation und Berufswegebegleitung“ gut nutzen, um gemeinsam mit den betroffenen Menschen abzuklären, was hilft.

Zeichnet sich da ein Wandel in der Reha-Politik ab?

Ja, es entstanden und entstehend auch anderswo zunehmend leichter zugängliche und individuell angepasste Angebote. Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales, die Bundesagentur für Arbeit und die anderen Leistungsträger fördern dies durch das Reformprojekt „RehaFutur“, das eine Anpassung der gewachsenen und von Großeinrichtungen dominierten Reha-Landschaft auf ortsnahe und flexible Angebote vorsieht. Wir finden diese Entwicklung sehr günstig für die Betroffenen.

Link: www.gpe-mainz.de

Literatur-Hinweise:
Hermann Mecklenburg/Joachim Storck (Hg.), Handbuch Berufliche Integration und Rehabilitation - Wie psychisch kranke Menschen in Arbeit kommen und bleiben! Psychiatrie-Verlag, 2010

Christiane Haerlin, Berufliche Beratung psychisch Kranker, Psychiatrie-Verlag, 2010

Impressum:

Herausgeber:
BAG Integrationsfirmen e.V.
Kommandantenstr. 80
10117 Berlin
E-Mail: sekretariat@bag-if.de
www.bag-Integrationsfirmen.de

Redaktion: Arnd Schwendy (verantw.)
Köln, Anton Senner, Hamburg
Gestaltung: Nadine Fischer, Berlin

Sie steuern das Netzwerk sozialer Unternehmen

Auf fünf Mitglieder erweitert wurde der geschäftsführende Vorstand der BAG Integrationsfirmen, um den wachsenden Aufgaben gerecht werden zu können. Von links: Axel Grassmann (Hamburg), Heiner Böckmann (Osnabrück), Dirk Glowka (Chemnitz), Claudia Meierjohann (Bielefeld), Dr. Fritz Baur (Münster). Dem Leitungsgremium gehören außerdem die Sprecher/innen des Landesarbeitsgemeinschaften und der Beiratsvorsitzende Dr. Richard Auernheimer an.

Im Beirat wirken u.a. folgende sozialpolitischen Sprecher/innen der Bundestagsfraktionen mit: Maria Michalk (CDU), Silvia Schmidt (SPD), Markus Kurth (Bündnis Grüne), Gabriele Molitor (FDP).

Foto: C. Haerlin